

Politik am Gängelband der Medien?

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS UND AUFTRAG DER MEDIEN - SEMINARBERICHT

Zu Fragen des Selbstverständnisses und der konkreten Auftragsausgestaltung der Medien referierten namentliche Medienschaffende über ihre Arbeit. Mit einem hohen Maß an Transparenz und der gebotenen selbstkritischen Distanz versuchte man, sich der Frage des politischen Einflusses und des eigenen Umgangs mit der medialen Verantwortung, im Rahmen dieses Seminars anzunähern.

Gundula Gause, Co-Moderatorin des „heute-journals“, widmete sich dem Thema „Die Macht der Bilder“, anhand des Beispiels der kürzlich veröffentlichten Skandal-Bilder deutscher Soldaten in Afghanistan. Die Frage nach dem Umgang mit derartigem Material beantwortete sie für das ZDF ganz eindeutig: „Wären dem ZDF diese Bilder angeboten worden, wären sie nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Allein schon die verschiedenen Kontrollgremien hätten eine Veröffentlichung abgelehnt“. Hier habe die BILD-Zeitung, so Gause, ihre Rolle als vierte Macht im Staat voll ausgespielt, wobei allerdings nicht unterschlagen werden darf, dass auch die öffentlich-rechtlichen Medien die anschließende Diskussion weiter vorangetrieben haben. Einerseits bildeten Medien ab, andererseits beteiligten sie sich aber auch maßgeblich daran, die öffentliche Auseinandersetzung fortzuführen. „Die Medien“, so Gause weiter, „machen nicht alles richtig, versuchen aber – zumindest gilt dies für die Öffentlich-Rechtlichen – verantwortungsvoll mit ihrer Aufgabe umzugehen“. Findet ein Thema aktuell statt, so ist es jedoch schwer, sich diesem „News-Flow“ zu entziehen. Das ZDF entscheidet selbst über Ak-

zentuierung und Gewichtung eines Nachrichtenthemas, hat hierbei aber stets das tagespolitische und tagesaktuelle Geschehen und den jeweiligen Kontext im Blick. Letztlich wird im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien ein Ehrenkodex, was den eigenen inneren Anspruch, die Moral und den (Berufs-) Ethos anbelangt, von den meisten Journalisten gepflegt und hochgehalten. Stefan Schröder, stellvertretender Chefredakteur der Allgemeinen Zeitung, referierte hiernach zur Frage „Politik am Gängelband der Medien?“. Er hob hervor, dass eine eindeutige Rolle der Medien als vierte Macht im Staat fraglich sei. „Zwar sind aus der Vergangenheit durchaus Fälle bekannt, in denen Minister ihre Posten auf Grund eines durch die Printmedien aufgedeckten Skandals räumen mussten, allerdings nimmt auch die Politik häufig Einfluss auf die Medien“. Im Allgemeinen arbeite man Hand in Hand, wie am Beispiel der Relation des SPIEGELS zu Gerhard Schröder ersichtlich wurde. „Das Medium kann aber zweifelsohne etwas bewirken“, so Schröder. Die Politik pauschal „am Gängelband der Medien“ zu sehen wäre demnach unangemessen und unverhältnismäßig.

Bettina Warken, Chefin der „heute“-Redaktion im ZDF, sieht das grundsätzliche Verhältnis zur Quote im Öffentlich-Rechtlichen als entspannter an, als dies in den Privaten der Fall ist. „Man ist weniger darauf angewiesen gesehen und gehört zu werden, da wirtschaftliche Interessen eine untergeordnete Rolle spielen“, so Warken im Rahmen ihres Vortrags „Nachrichten

heute. Der Quote zuliebe: objektive Berichterstattung und/oder Infotainment?“.

Dennoch sei ein Herunterspielen der Bedeutung von Quoten auch in den gebührenfinanzierten Medien ein Stück weit „verlogen“. Einer Abschaffung der Gebühren steht die ZDF-Journalistin ablehnend gegenüber, da sie darin die Gefahr der Absentierung vom Publikum sieht. Der öffentlich-rechtliche Auftrag zur objektiven Berichterstattung ist, nach Ansicht Bettina Warkens, nicht hundertprozentig umsetzbar. Der größte Teil der Nachrichten stammt - für alle Medien – aus denselben Quellen. Die Auswahl, die hier stattfindet, ist somit stets subjektiv geleitet. „In Berlin finden täglich an die zehn Pressekonferenzen von Ministerien und Verbänden zu nicht uninteressanten gesellschaftlichen Themen statt. Darüber zu berichten ist immer fakultativ“, meint Warken.

Als Auswahlkriterien für die Nachrichten im ZDF sind grundsätzlich die Aktualität, die quantitative Relevanz und der Grad der Nachhaltigkeit einer Information zu benennen. Die zunehmende Tendenz bloße Information durch „Infotainment“ zu ergänzen sieht die „heute“-Redakteurin grundsätzlich als unproblematisch an. Warken hierzu: „Die Welt ist eine andere geworden, die Nachrichtenmacher sind andere und auch der Anspruch ist ein anderer als früher“. Insofern müssen auch die öffentlich-rechtlichen Medien auf diese neuen Gegebenheiten und auf den verstärkten Wunsch nach Infotainment im Sinne der „leichten Unterhaltung und Information“ reagieren. Kritisch bewertet werden sollte, nach Ansicht Warkens, allerdings die Qualität dieser Darreichungsform von Nachrichten: je nach Aufbereitung eines Themas bestehe die Gefahr der Dramatisierung. Umgekehrt müssten sich die Medien aber auch davor hüten allzu viel Wert auf detaillierte Hintergrundinformationen zu legen: „Lange Erklärungen sind von den Zuschauern nicht gewünscht und werden auch gar nicht akzeptiert. Man kann keine VHS sein, ansonsten stößt man auf Ablehnung“, so Warken.

Elmar Theveßen, sicherheitspolitischer Experte des ZDF, veranschaulichte in seinem

Vortrag zur „Berichterstattung über Krisengebiete und deren politische Implikationen“ die gestiegene Bedeutung eines funktionierenden Krisenmanagements der Medien. Durch den zunehmenden Konkurrenzdruck sieht sich auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen im Zugzwang, wenn es um die Schnelligkeit von Nachrichten geht. Jedoch darf hierbei der Anspruch an die Qualität nicht verloren gehen. Theveßen hierzu: „Oft wurden in den letzten Jahren von „den Privaten“ Nachrichten verbreitet, die sich schließlich als falsch herausstellten. Die Öffentlich-Rechtlichen können sich das nicht erlauben“. So gelte das Zwei-Quellen-Prinzip auch bei den so genannten „Breaking News“, was dazu führen kann, eine Nachricht zwar nicht als Erster zu lancieren, diese jedoch im Vorfeld verifizieren zu können. Diesbezüglich müsse man sich immer darüber im klaren sein, was man bei all denen anrichten kann, die die Nachrichten sehen und hören. „Live- und Schnellberichterstattung kann Paniken auslösen“, so Theveßen. Am Beispiel der Berichterstattung über den Israel- Libanon-Konflikt erläuterte der ZDF-Journalist, dass es häufig auch kritische Stimmen auf Seiten der Politik gäbe, die den Öffentlich-Rechtlichen den Vorwurf der unausgewogenen Darstellung machten. Einen asymmetrischen Konflikt symmetrisch darzustellen, sei, laut Theveßen, jedoch Geschichtsverfälschung. Die Krisenethik des ZDF ist somit eindeutig zu definieren: die journalistischen Standards der Unparteilichkeit und der Wahrung der Menschenwürde sind unabdingbar.

Zur Frage „Die Öffentlich-Rechtlichen: Garanten für eine ausgewogene Berichterstattung, europäisch kompatibel?“ referierte abschließend der stellvertretende Justitiar des ZDF, Peter Weber. Er sieht die gesellschaftliche Aufgabe, die sich aus § 11 des Rundfunkstaatsvertrags für die gebührenfinanzierten Sender ergibt, darin, integrativ zu wirken. Weber hierzu: „Die Quellen und Orientierungen sind diffuser geworden und insofern gewinnen die Aufgaben der Öffentlich-Rechtlichen immer mehr an Bedeutung“. Diese integrative Funktion könne jedoch nur als „Leitmedium“ erfüllt werden. Daher dürfe man nicht nur Angebote im Bereich Bildung, Information und Kultur ma-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

September 2006

www.kas.de/mainz

www.kas.de

chen, sondern eben auch im Bereich Unterhaltung und Boulevard. Weber sieht die Kompatibilität der Gebührenfinanzierung in Deutschland auf europäischer Ebene als durchaus gegeben an: „Die von Brüssel angenommene Überbezahlungsgefahr ist nicht vorhanden und auch die geforderte Auftragskonkretisierung ist durch die Selbstverpflichtungserklärungen der Öffentlich-Rechtlichen in Deutschland erfüllt“. Zudem sei der Funktionsauftrag der gebührenfinanzierten Medien, laut Weber, nicht die Gestaltungsaufgabe Brüssels, sondern vielmehr eine nationale Frage. Die Frage nach der grundsätzlichen Notwendigkeit der Gebührenfinanzierung beantwortete Weber sehr konkret: „Die Gesellschaft muss sich fragen, ob sie die Öffentlich-Rechtlichen will. Und wenn sie sie will, muss sie sie finanzieren“.